

Ercheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 46 :. 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b :. Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 15. November 1912

Inhalt: Beitragszahlung — Streiknotizen. — Gean den Streik. — Die päpstliche Enzyklika. — Vom sozialen Verhältniss zu den Arbeitern. — Die achtzigste der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe. — Au die Zattler in Oberkassonien! — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus Industrie und Handel. — Aus unserem Verein. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziale. — Ausland. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Rückertshau. — Adressenänderungen. — Berfammlungsstatenber. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 17. bis 23. November ist
der 47. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in
anderen Städten sich zuvor bei der dortigen
Ortsverwaltung zu erkundigen.

Dresden. In der Lederverwaren- und
Militäreffektenfabrik von Steinweg befinden sich
die Kollegen in einer Lohnbewegung, weshalb
Zuzug fernzuhalten ist.

Dresden. In der Schulmappenfabrik der
Firma Hainichen-Dresden haben sämtliche dort
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen die Ar-
beit eingestellt.

Hamburg. Die Arbeiter und Arbeit-
erinnen der Treibriemenfabrik G. Scholz stehen
im Streik. — In der Reiseartikelfabrik
der Firma Kongsbad stehen unsere Kollegen im
Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Halle a. S. Sämtliche Arbeiter der Hof-
wagenfabrik Mathe u. Söhne wurden unter Ver-
letzung des Tarifvertrages ausgesperrt.

Magdeburg. In der Militäreffekten-
fabrik von Thierne befinden sich die Sattler in
einer Lohnbewegung, weswegen jeder Zuzug
fernzuhalten ist.

Zürich (Schweiz). In der Reiseartikel-
fabrik Wehling u. Co. sind am 29. Oktober
sämtliche Arbeiter in den Streik getreten.

Gegen den Krieg.

Der außerordentliche Internationale Sozial-
istische Kongress, der ausschließlich wegen der
drohenden Kriegsgefahr vom Internationalen Sozial-
istischen Bureau beschlossen wurde, findet bereits
am 24., 25. und 26. November in der Burgallee in
Basel statt. Deutschland wird durch je 40 Dele-
gierte der Partei und Gewerkschaften vertreten sein.

Die päpstliche Enzyklika.

Der Streit zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen ist vom Papst in Rom zugunsten der letzteren entschieden worden. Das ist der Grundton der päpstlichen Enzyklika vom 21. September 1912. Die christlichen Gewerkschaften werden alles versuchen, diesem von der römischen Kurie gegebenen Erlaß eine andere Deutung zu geben, um die evangelischen Arbeiter auch fernerhin als zahlende Mitglieder zu behalten, denn zu bestimmen hatten sie bisher sowieso nichts, wenn auch Blumenkränzen sich im Wahne gankelte, seine Stimme hat Geltung vor dem Zentralrat der christlichen Gewerkschaften. Der Papst in Rom sieht in jeder interkonfessionellen Arbeiterverbindung eine Gefährdung des katholischen Glaubens. Deshalb be-
lobt er die Facharbeiter und gibt ihnen den apostolischen Segen. Der Papst, der bekanntlich ohne Fehl
ist, stellt n. a. die Behauptung auf:

„Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften
Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit,
über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind
nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu
denken zu zählen, die mit Hintanhaltung der kirch-
lichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im
Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale
Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist
und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetze und
vom Standpunkte der Religion gelöst werden muß.“

Was nun Vereinigungen von Arbeitern anlangt,
so sind, wenn gleich ihre Aufgabe darin besteht, ihren
Mitgliedern irdische Vorteile zu verschaffen, doch am
meisten zu billigen und unter allen für den wahren
und dauernden Nutzen der Mitglieder als ver-
einigte jene Vereinigungen anzusehen, die haupt-
sächlich auf der Grundlage der katholischen Religion
aufgebaut sind und der Kirche als Führerin offen
folgen; was Wir selbst mehrmals bei gelegentlichen
Anfragen aus verschiedenen Ländern erklärt haben.
Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katho-
lischen Gegenden, und außerdem in allen anderen
Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den
verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend
Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede
Weise unterstützt werden müssen. Handelt es sich
aber um Vereinigungen, die das Gebiet der Reli-
gion und der Sittlichkeit direkt oder indirekt be-
rühren, dann wäre es in keiner Weise zu billigen,
in den eben erwähnten Gebieten gemischte Verein-
igungen fördern und verbreiten zu wollen, d. h.
solche, die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken
zusammensetzen. Denn, abgesehen von anderem,
befinden sich bei derartigen Vereinigungen die
Unseren oder können sich doch sicherlich befinden
in großen Gefahren für die Reinheit ihres Glau-
bens und den gebührenden Gehorsam gegen die
Gebote und Vorschriften der katholischen Kirche;
Gefahren, auf welche auch Ihr, Ehrwürdiger Bruder,
in mehreren Eurer Antworten über diese Frage
offen, wie Wir gelesen, hingewiesen haben.

Wir spenden also allen und jeden in Deutsch-
land bestehenden rein katholischen Arbeitervereini-
gungen mit Freuden alles Lob und wünschen allen
ihren Bestrebungen zum Wohle der Arbeiter-
bevölkerung glücklichen Erfolg und erhoffen für sie
ein immer erfreulicheres Wachstum.“

Wo aber christliche Gewerkschaften bestehen,
kann der Klerus sie dulden,

wenn sie einerseits eine bedeutend größere Zahl
von Arbeitern in sich schließen als die rein katho-
lischen Vereinigungen, und wenn andererseits es große
Nachteile nach sich ziehen würde, falls dies nicht
gestattet würde. Diefem Ersuchen glauben wir mit
Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen
Sache in Deutschland entgegenkommen zu sollen,
und Wir erklären, es könne geduldet und den
Katholiken gestattet werden, auch jenen gemischter
Vereinigungen, wie sie in Euren Ländern bestehen,
sich anzuschließen, solange nicht wegen neu ein-
tretender Umstände diese Tuldung aufhört, zweck-
mäßig oder zulässig zu sein. Dabei müssen jedoch
geeignete Vorkehrungsmaßregeln zur Verhütung der
Gefahren angewendet werden, welche, wie gesagt,
derartigen Vereinigungen anhaften. Die haupt-
sächlichsten dieser Vorkehrungsmaßregeln sind folgende:
In erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß katholische
Arbeiter, die Mitglieder solcher Gewerkschaften
sind, zugleich jenen katholischen Vereinigungen an-
gehören, welche unter der Bezeichnung Arbeiter-
vereine bekannt sind. Falls sie aus diesem Grunde
irgendem Opfer, zumal an Geld, bringen müssen,
so sind Wir überzeugt, daß sie bei ihrer Sorge
um die Heimerhaltung ihres Glaubens dies bereit-
willig tun werden. Denn wie sich erkreutlicher-
weise gezeigt hat, vermögen diese katholischen Ar-
beitervereine unter Mitwirkung des Klerus, durch
dessen Führung und wachsame Leitung sehr viel,
um die Unverjährlichkeit des Glaubens und die
Reinheit der Sitten bei ihren Mitgliedern zu
schützen und den religiösen Geist durch häufige
Uebung der Frömmigkeit zu nähren.“

Wenn katholische Arbeiter den christlichen Gewerks-
chaften angehören, mögen die Bischöfe es als ihre
heilige Pflicht ansehen, sorgfältig das Ver-
halten dieser Vereinigungen zu beob-
achten und darüber zu wachen, daß den
Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Scha-
den erwächst. An Stelle der interkonfessionellen Ver-
einigungen sollen die rein katholischen Gewerkschaften
in ein Kartellverhältnis zu den Arbeitervereinigun-
gen Andersgläubiger treten.

„Die in diese Syndikate eingeschriebenen
Katholiken sollten nicht zulassen, daß die Syndikate,
auch als solche, in der Sorge für die irdischen An-
gelegenheiten ihrer Genossen etwas bekümmern ober
tun, was auf irgendeine Weise den vom obersten
Lehramte der Kirche überlieferten Lehrvorschriften
und besonders denjenigen, die Wir oben ins Ge-
dächtnis gerufen haben, entgegensteht ist. Und
aus diesem Grunde werden die Bischöfe, so oft
Streitfragen über Dinge, welche die Sitten be-
treffen, das heißt über die Gerechtigkeit oder die
Charitas, vorkommen werden, sehr aufmerksam
wachen, daß die Gläubigen nicht die katholische
Sittendisziplin vernachlässigen und keinen Finger
breit von ihr abweichen.“

Wir glauben, diese Kostproben päpstlicher An-
maßung genügen vollaus, um klar zu sehen, wohin
der Weg führt. Die Zukunft wird lehren, ob die
christlichen Gewerkschaften sich vollends lastrieren
lassen und die ihnen aus rein wirtschaftlichem Inter-
esse ihrer Mitglieder gestellten Aufgaben, zugunsten
eines Wechsels auf das Jenseits, gänzlich vernach-
lässigen wollen. Die christlichen Gewerkschaften stehen
am Scheidewege. Sie kommen in nicht zu lösende
Gewissenskonflikte. Als gutgläubige Katholiken wird
von ihnen nicht mehr und nicht weniger verlangt, als
sich von ihren übrigen Arbeitsgenossen streng abzu-

Die achte Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuillet- und Reißartikelfgewerbe

Am 6. November unter dem Vorsitz des Herrn Magistratsrat von Schulz in den Räumen des Gewerbegerichts statt. Als Vorsitzende fungierten die Herren Wenzel und Mehnert von den Arbeitgebern, Bog und Hofmann von den Arbeitnehmern.

1. **Moftergriffe dürfen nicht als Heimarbeit verurteilt werden.** Gegen diese Bestimmung des Tarifvertrages § 6 hatte die Firma Lange, Meißner & Co. gehalten, indem sie von einem Heimarbeiter Moftergriffe, für die sie in der Werkstatt 20 Pf. pro Stück zahlt, für 10 Pf. in der Werkstatt 20 Pf. pro Stück bezahlt, für 10 Pf. pro Stück neppen ließ, den Werkstattarbeitern aber 20 Pf. vom Affordlohn in Abzug brachte, also aus der Umgehung des Vertrages einen Vorteil für sich schaffte. Wegen dieser unzulässige Lohnreduzierung und gegen den Tarifbruch wurde von den Arbeitnehmern Klage angehängt und die Schlichtungskommission ersucht, die Firma anzuweisen, daß für diese Griffe nicht mehr in Abzug gebracht werden darf, als der Heimarbeiter in der Werkstatt dafür bekommen hat. Ferner soll die Firma im Wiederholungsfall in eine Geldstrafe von 100 Mk. genommen werden. Trotzdem die Tarifumgehung für alle Beteiligten so klar wie selten zutage kam, konnte Herr Kade als Arbeitgebervertreter, der gleichzeitig berufen ist, die Einhaltung des Tarifbruchs zu vermeiden und sie für gerechtfertigt zu erklären. Diese Ausführungen haben sogar bei den Arbeitgebervertretern Widerspruch hervorgerufen, wären also von untergeordneter Bedeutung, wenn Herr Kade nicht jedesmal und auf jeden Preis den Versuch machen würde, seine Kollegen als die unglücklichsten Engel hinzustellen. Wir würden es ihm nicht verdenken, wenn er Milderungsgründe anführen würde, aber zu sagen, der Fabrikant wachte alle Nischen heraus, um mit dem billigen Mofter fortzurufen zu können, er deshalb berechtigt war, wider den Tarif, die Griffe zum halben Lohn außer dem Hause zu geben, geht doch entschieden zu weit. Herr Kade erklärte auch, wenn der Fabrikant außer dem Hause denselben Preis zahlen müßte wie im Hause und wenn der Vorteil der Maschinenarbeit nicht allein dem Fabrikanten zuteil wird, dann habe er kein Interesse an der Heimarbeit und auch nicht, daß Handarbeit durch die Maschine ersetzt wird. Kollege Schulze als Arbeitnehmervertreter rügte diese Auslegungen als rechte Lüge und scheinheilige, wie wenig einzelnen leitenden Personen der Intereschwerorganisation daran liegt, die tariflichen Verpflichtungen einzuhalten. Es entspricht nicht dem Ansehen eines Kontrahenten, wenn er selbst zugedenk, der Tarif ist in gewinnbringender Absicht umgangen worden, und dieses Verhalten als berechtigt hingestellt wird. Trotzdem auch der Herr Vorsitzende den Standpunkt des Herrn Kade nicht begreifen konnte und ihn auf die entstehenden Konsequenzen

hinwies, war Herr Kade jeder Belehrung unzugänglich, so daß allein die Einleitung dieses Falles mehr als eine Stunde in Anspruch nahm. Aus demselben Grunde können wir ein Vergleich zustande, wonach die Firma die eingeklagte Summe von 4.80 Mk. den Affordarbeitern zahlt und sich verpflichtet, nie mehr Moftergriffe oder sonstige Mofterteile außerhalb des eigenen Betriebes anzufertigen zu lassen.

2. **Hat die Schlichtungskommission aus Rechtsbündnisse festzusetzen, wenn die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich über die Löhne nicht einigen konnten?** Auf Grund des § 2 Abschnitt 1 Abs. 3 erklärte sich die Schlichtungskommission für kompetent und verhandelte daraufhin über folgende zwei Fälle.

a) Bei der Firma Jäckel u. Fuchs, Seebaldstr. 70, wird in neuerer Zeit eine Anwerksche angefertigt, für die von der Firma der unzulässige Preis von 3,25 Mk. geboten wird. Die Tasche muß mindestens 4,25 bis 4,50 Mk. per Duzend stehen. Da eine Einigung mit Herrn Jäckel nicht erzielt werden konnte, soll die Schlichtungskommission den entsprechenden Preis festlegen, mit der Maßgabe, daß die sich ergebende Preisdifferenz für die bereits fertigestellte Arbeit den Arbeitern nachgezahlt wird.

b) Für eingeschlagene weiche Mappen zahlte die Firma bisher 6,30 Mk. pro Duzend. Da der Preis ganz ungenügend ist, so weigerten sich die Arbeiter, diese Mappen noch ferner für den Preis anzufertigen, worauf Herr Jäckel den Preis auf 7,25 Mark erhöhte. Da aber der Preis noch immer als ungenügend bezichtigt werden muß, in anderen Betrieben wird 9,50 bis 11 Mk. für diese Mappen bezahlt, so lehnten die Kollegen auch jetzt noch die Anfertigung der Mappen ab. Herr Jäckel erklärte nun den Arbeitern, wenn sie nicht zurecht kommen, dann würde er eine Nachzahlung eintreten lassen. Unter diesem Vorbehalt wurden die Mappen in Arbeit genommen. Dabei hat sich herausgestellt, daß keiner der Arbeiter, trotz intensiver Leistung, auf seinen Durchschnittsverdienst gekommen ist. Auch hier soll die Schlichtungskommission den normalen Affordpreis festlegen.

Herr Jäckel behauptete nun, den Preis von 3,25 Mark für die Anwerksche mit seinen damaligen Arbeitern vereinbart zu haben. Auf Grund des roten Tarifs muß der Mindestlohn 6 Pf. pro Stunde betragen. Der Arbeiter hat aber nur 65 Pf. pro Stunde verdient, weswegen er ansatz 8 Pf. 3,25 Mark zahlte, wodurch der Stundenverdienst auf 67 Pfennig liegt. Bei den Mappen waren 6,30 Mk. mit der Werttarifkommission vereinbart und auch früher um diesen Preis hergestellt. Jetzt verlangten die Leute 7,50 Mk. Er habe 7,25 Mk. bewilligt. Inzwischen haben andere Leute angefangen, die 9 Mk. verlangen. Dessen Lohn kann er nicht zahlen, um so weniger kann er dazu verpflichtet werden, weil die Werttarifkommission 7,50 Mk. verlangte. Wenn er auch damals nicht zugiebt habe, so können doch jetzt die Arbeiter nicht noch über ihre Forderungen hinausgehen. Im übrigen befreit er der Schlicht.

geben und auf ihr Zurecht zu verzichten. Nicht mehr die Formale, sondern die Substantive und der nachgehende Aktus entscheiden. Ob die Mitglieder überhaupt einmal Forderungen an die Unternehmer stellen. Dem überleben, katastrophal katholischen Arbeiter muß sich doch nun die Frage aufdrängen: was hat die Religion im wahren wirtschaftlichen Kampf zu tun und warum sollen die katholischen Arbeiter in ihren Rechten behindert werden? Warum wendet der Papst sich nicht an die frommen und reichen Industriemagnaten und heimliche Ausbeuter? Der Papst weiß, daß diese Herren wohl die Religion fürs Volk haben wollen, sich selber aber keine Vorwürfen, nicht einmal vom Stellvertreter Gottes, machen lassen. Sie werden die einzigen sein, die die über die neue Enzyklika freuen. Eine andere Seite dieser päpstlichen Annäherung ist noch zu beachten. Der Papst richtet sich in die wirtschaftlichen Kämpfe des Deutschen Reiches zugunsten der Arbeiter und raubt Hunderttausenden mit einem Federstrich das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht. Die römische Kurie pläzt ihr Regiment in einem Staate auf, dem sich Millionen zu beugen haben, ohne daß die konstitutionelle Regierung der Arbeiter und raubt Hunderttausenden mit einem Federstrich das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht. Die römische Kurie pläzt ihr Regiment in einem Staate auf, dem sich Millionen zu beugen haben, ohne daß die konstitutionelle Regierung der Arbeiter und raubt Hunderttausenden mit einem Federstrich das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht. Die römische Kurie pläzt ihr Regiment in einem Staate auf, dem sich Millionen zu beugen haben, ohne daß die konstitutionelle Regierung der Arbeiter und raubt Hunderttausenden mit einem Federstrich das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht.

Da sitzen nun die Herren Scharfmacher, Agrarier, Weidm. und sonstige Mäde beisammen, wie sie im Interesse des Fortkommenes der Besitzenden den Arbeitern das Koalitionsrecht einschränken können, und nun müssen sie auf einmal erfahren, daß sie köllisch weit hinter dem Mond leben. Dem Vorank allein war es möglich, in Deutschland zu diffundieren: Ihr katholischen Arbeiter gefährdet Euer Seelenheil, wenn Ihr Eure Sinne auf irdische Vorteile richtet, wenn Ihr Euch organisiert und eventl. durch Arbeitsniederlegung höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit erkämpfen wolltet.

Die Zeit wird lehren, wie sich die christlichen Gewerkschaften entscheiden. Lehnen sie die päpstliche Vormundhaft ab, stellen sie sich ein eigene Ruhe und machen sie Ernst mit der Einleitung rein wirtschaftlicher Aufgaben, so sind sie überflüssig, weil das wirksam durch die freien Gewerkschaften geschieht. Nügen sie sich dem Erlaß, glauben sie ohne den päpstlichen Segen und ohne päpstliche Selbigen nicht sein zu können, d. h. fügen sie sich in das, was Kom versieht, dann werden die Arbeiter in Scharen sich von ihnen wenden, weil sie nicht Lust haben, als Mücke und Heulen zu leben.

Vom sozialen Verständnis Schillers.*)

(Geboren am 10. November 1759 in Marbach, gestorben 9. Mai 1805 zu Weimar.)

Wir haben schon hervorgehoben, daß Schiller noch keine klare Vorstellung von den ökonomischen Grundlagen aller historischen Entwicklung hatte und haben gezeigt, wie gerade dieser Mangel es war, der nicht zum wenigsten seine Verständnislosigkeit der großen französischen Revolution gegenüber erklärt. Dennoch hat derselbe Schiller wiederholt diese ökonomischen Zusammenhänge, wir möchten sagen: intuitiv empfunden und es gibt Stellen bei ihm in denen er, um es einmal draußig auszudrücken, ökonomisch „Witz vorgefaßt“ hat. Und es erinnert direkt an Lafaltes donnerndes Horneswort von der „verdamnten Bedürfnislosigkeit“ der deutschen Arbeiter, wenn Schiller seinen „Menschenfeind“ von Hutten zu den Armen, die ihn von ihrer Zufriedenheit mit ihrem Los gesprochen haben, sagen läßt: „... Euer eigen Verständnis spricht euch das Urteil. Diese Genügsamkeit beweist mir, daß meine Arbeit an euch verloren ist. Hättet ihr etwas an eurer Glückseligkeit vernunft — es hätte euch zum ersten Male meine Achtung erworben.“

Wie durchaus sozialistisch gedacht sind auch die folgenden Schillerworte:

„Der zahlreichere Teil der Menschen wird durch den harten Kampf mit dem physischen Bedürfnis

viel zu sehr emüdet und abgепannt, als daß er sich zu einem neuen und inneren Kampfe mit Wahnbegriffen und Vorurteilen aufraffen sollte. Das ganze Maß seiner Kraft erschöpft die Sorge um das Notwendige und hat er dieses mühsam erungen, so ist Ruhe und nicht neue Geschäfte sein Bedürfnis. Zufrieden, daß er selbst nur nicht denken darf, läßt er andere gern über seine Begriffe die Vormundhaft führen und erspart sich durch eine blinde Resignation in fremde Weisheit die saure Notwendigkeit der eigenen Kräftigung. Gewiß ist es, daß in seinem Kopf und Herzen sich höhere Bedürfnisse regen, so ergreift er mit hungrigem Glauben die Formeln, welche der Staat und das Richteramt für diesen Fall in Verantwortung halten und womit es ihnen von jeder Gelangen ist, das erwachte Freiheitsgefühl ihrer Mündel abzufinden. ... Man wird daher immer finden, daß die gedrücktesten Völker auch die voruntern sind. Daber muß man das Aufklärungs-werk bei einer Nation mit Verbesserung ihres physischen Zustandes beginnen. Erst muß der Geist vom Joch der Notwendigkeit losgepannt werden, ehe man ihn zur Vernunftfreiheit führen kann. Und auch nur in diesem Sinne hat man recht, die Sorge für das physische Wohl der Bürger als die erste Pflicht des Staates zu betrachten. Wäre das physische Wohl nicht die Bedingung, unter welcher allein der Mensch zur Mündigkeit seines Geistes erwachen kann, um seiner selbst willen würde er bei weitem nicht soviel Aufmerksamkeit und Achtung verdienen. Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat; aber er muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll. ... Um der Würde des Menschen willen darf seine materielle Existenz nicht in Gefahr geraten.“

Denselben Gedanken hat Schiller in der „Würde des Menschen“ sehr schön so ausgedrückt:

„Nichts mehr davon — ich ditt euch! Zu essen geht ihm, zu wohnen. Hat ihr die Wärme bedekt, Gibt sich die Würde von selbst.“

Mit ein wenig anderen Worten sagt das alles Karl Marx auch und es ist wirklich nicht schwer, seinen Schiller des ästhetischen Idealismus, den wir im vorigen Kapitel behandelt haben, zu schlagen mit diesem Schiller der sozialen Erkenntnis. Schade eben nur, daß diese soziale Erkenntnis bloß hier und da blizartig bei Schiller aufleuchtet, daß er sich aber alles in allem doch immer mehr in jene „idealistische“ Auffassung veranunt, nach der „die Schönheit der Freiheit vorangehen“ müßte.

Wie der sozialen Bedingtheit des politischen und geistigen Trends der Völker, so ist Schiller auch dem übermit ja im engsten Zusammenhänge stehenden Begriffe der Entwicklung gegenüber keineswegs ganz blind, wenn er es allerdings auch hier ebensowenig zu einer klaren theoretischen Einsicht und zu einer scharfen Formulierung dieses Begriffes gebracht hat, wie zu einer bestimmten Herausarbeitung des Stoffgedankens. Dennoch klingt es abermals wie eine erste unbestimmte Vorahnung moderner sozialistischer Gedanken, wenn Schiller in seinem Verlaufe über „Die erste Menschengesellschaft, nach dem Verlust der mofaischen Urkunde“, ein Versuch, der nach den gewaltigen Errungenschaften gerade der Geschichtsforschung im letzten Jahrhundert als ganzes und heute natürlich ein wenig naiv anmutet; es klingt, sagen wir, abermals wie eine Vorahnung moderner sozialistischer Gedanken, wenn Schiller in diesem Verlaufe von dem „ersten Unterschied der Stände“ Sätze schreibt wie die folgenden: „Der Reiche wurde immer reicher durch des Armen Neid; seinen Reichtum zu vermehren, ver-

* Wir entnehmen dies Kapitel Konrad Hänisch' neuer Darstellung der Beziehungen Schillers zur modernen Arbeiterklasse, die soeben unter dem Titel: „Schiller und die Arbeiter“ als Heft 6 der vom Genossen Grundwald in unserem Dresdner Parteiverlage herausgegebenen „Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“ erschienen ist.

tungskommission das Recht, **Akkordlöhne** festzusetzen. Von dem Vertreter der Arbeitnehmer wurde darauf hingewiesen, daß unsere Abmachungen nicht unter den roten, sondern unter den grauen Tarif fallen. Hier also nicht der Mindestlohn von 60 Pf., sondern der Durchschnittslohn der letzten 8 Wochen maßgebend sei. Wenn der Arbeiter aber noch nicht so lange im Betriebe beschäftigt sei, so bleibt die Frage offen, ob er mit dem Mindestlohn zufrieden ist. Der in Frage stehende Arbeiter verlangt 76 bis 80 Pf., hat aber nachweislich nur 65 Pf. auf dem Kuperts verdient, weswegen die gestellte Forderung berechtigt ist. Zudem hat sich die Wertmalkommission nicht auf den Lohn von 7,50 Mk., sondern auf den von der Firma angebotene Zeuge erklärt, wenn der Preis sei nicht bindend und werde erst festgesetzt, wenn der Artikel gearbeitet ist. Es kam ein Vergleich zustande, wonach die Firma für die Affenmappen 8 Mk. pro Duzend, für die Stanzerei 3,50 Mk. Arbeitslohn zahlte. Außerdem wird für die Anwerbs- die Differenz nachgezahlt und dürfen sie für 3,50 Mk. pro Duzend nicht mehr gearbeitet werden, sondern in ein höherer Lohn zu vereinbaren.

3. Wer hat den Arbeitern durch Verhandlungen mit den Unternehmern entgangene Lohnverluste zu tragen? Die von Arbeitnehmerseite aufgeworfene Frage konnte nicht zur Entscheidung kommen, obgleich Kollege Schulz mit Nachdruck hervorhob, daß einzelne Kollegen im Interesse des Betriebes mehrere Stunden opferten, ohne vom Arbeitgeber dafür entschädigt zu werden. Auch wenn die Schlichtungskommission Zeugen benötigt, so muß die obliegende Partei noch die Motive tragen. Es wäre recht und billig, wenn der Schuldige auch zahlt. Herr Magistratsrat v. Schulz wies darauf hin, daß diese Materie im Tarifvertrag nicht geregelt ist, die Schlichtungskommission also auch nicht entscheiden kann. Bei den nächsten Tarifverhandlungen müßte diese Lücke ausgefüllt werden. Es würde aber vorläufig die Wahlung der Schlichtungskommission genügen, die darüber, beide Teile mögen sich bei Lohnbesprechungen möglicher Mäße beistelligen.

An die Sattler in Oberschlesien!

Trotz der Animosität, der Verstimmung, die einzelne Kollegen heißen gegen alles, was oberflächliche Agitationsarbeit bedeutet, hielt es die Gauksleitung doch für nötig, auch in Königsbütte wieder aufs neue die so notwendige Kultur- und Kleinarbeit vorzunehmen. Es kann und darf nicht vergessen werden, daß speziell im ober-schlesischen Gebiet die Lehrkinderzucht noch eine dominierende Rolle spielt. Die Merkmale dieses „Machtwortes“ sind sowohl in Schließen als auch im Reiche zu spüren. Ist es doch eine Selbsterkennungsbedürfnis, daß die jungen Kollegen nach vierjähriger „Ausbildung“ die Stätte ihres Wirkens verlassen müssen, um der nötigen „Zunahme“ Platz zu machen. Ein großer Teil unserer jungen Kollegen reist in dem ausgedehnten Industriegebiet von einem Meister zum anderen, von einer Miere in die andere. Ausgenommen sind einige Stellen,

wo jetzt schon ein fastwegs ausreichender Lohn gezahlt wird. Bei der großen Misstrauen und dem Mangel an lebenden Kräften war es bis jetzt nicht möglich, stabile Organisationsverbände aufzuweisen. Vom 19. Oktober ab fand nun wieder eine längere Agitationsstunde, und zwar in Jährze-Königsbütte und Königsbütte statt. Eine ganze Anzahl von Ausnahmen war das Resultat der von Mund zu Mund gesprochenen eindringlichen Worte. Da wir hier noch eine alte, organisatorische betriebslose Arbeit besitzen, so scheint Hoffnung vorhanden, daß die eifrigste Arbeit Früchte tragen wird.

Oleminis, Penzen, Appeln, Ratibor sowie einige noch bedeutende Berg- und Hüttenwerkstädte besitzen noch einen großen Teil organisatorischer Mangel. Eine aufmerksame Statistik mit einwandfreier Grundlage brachte uns das Resultat, daß über 120 Kollegen für uns zu gewinnen sind, ausschließlich der Sattler in der großen Eisenbahnwerkstätte in Osterwitz. Wir sind uns bewußt, daß es ein Stück Arbeit bedeutet, trotzdem werden wir im Zukunft doch mehr tun müssen. Man hat es im allgemeinen mit verschiedenen und empfindlichen Naturen zu tun, die aber durch „einseitige Einflüsse“ noch zu keiner anderen Tentationsart gekommen sind. Der abschließenden Kollegen möchten wir am Schluß noch zuwischen: Arbeit und jede jeder einzelne nicht nur danach, selbst ein freies und unabhängiges Mitglied zu werden, sondern verstände jeder nach Kräften bei jeder sich bietenden Gelegenheit, die Kollegen im Industriebezirk aufzuklären, sie zu ermahnen, Mitglied unseres Verbandes zu werden, durch dessen Einfluß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so gestaltet werden, wie sie ein sehr großer Teil unserer Verbandsmitglieder schon längst hat. Durch Einigkeit, Disziplin und Treue zum Verband der Sattler und Portefeuille und Verbesserungen und Erfolge zu erreichen, wie sie mehrere andere Verände heute schon in Ober-schlesien anzuzeigen können.

Wegen Aufnahme in den Verband und Aus-tauschen sowie Zeitungsverband wende man sich an unseren Vertrauensmann Kollegen Eduard Wohl, Pilsener-Portefeuille, Jährze, Sattler, Nr. 92, sowie an den Gauleiter für Schließen, Kollegen A. Parfisch, Görlitz.

Streiks und Lohnbewegungen.

zum Streik in der Dreibrümmenweberei von **Conrad Scholz in Damburg-Varmed** wird uns berichtet, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in mehreren Betriebsversammlungen die Frage ange-sprochen haben, ob es nicht angehe, wegen der fort-währenden Teuerung eine Lohnhöhung und sonstige Verbesserungen im Arbeiterverhältnis zu fordern. Dieron bekam die Firma Kenntnis und traf alle Vorkehrungen, die Arbeiterdacht daran zu hindern, Forderungen durch den Textilarbeiterverband stellen zu lassen. Aber sie sah wohl ein, daß sich die Arbeiterdacht durch ihre Forderungen nicht beirren ließ, und so kam es, daß sie der Arbeiterdacht, ohne daß diese zur Einreichung ihrer Forderungen schritt, folgende Verbesserungen gewährte:

1. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. November 1912 ab die Woche 55 Stunden für alle Beschäftigten, nicht wie bisher für Männer 60 Stunden und für Frauen nicht wie bisher 58 Stunden die Woche.
2. Die gewählte Lohnsteigerung von 1911 wird in Lohn umgerechnet. Dieses ist sofort gemacht worden. S. 2.

Trotzdem die Arbeitszeit für Männer um fünf Stunden und für Frauen um drei Stunden die Woche reduziert wurde, wird der bisherige Lohn fortgezahlt, da die Arbeiterdacht erwartet, daß von der Firma in aller Mäße eine weitere Lohnzulage gemacht werden wird. Obwohl die Arbeiterdacht an die Firma für seine Forderungen potell hatte, sondern nur in Betriebsversammlungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Fabrik diskutiert, hatte die Firma doch einen brutalen Geldzusatz entworfen, um die Forderungen, die in dem Betriebe seitens der Arbeiterdacht vor sich gegangen, als Herr Scholz meinte, daß seine Arbeiter Versammlungen abhalten, wurde er vertrieben und endlich in der Zeit von Mitte bis Ende Oktober unter den nächsten Voraussetzungen eine Reihe organisierter Kollegen und Kollegeninnen. Dem Beispiel erklomm aber Herr Scholz (Kapitän der Reserve), als er ein Schlußangebot besiegeln ließ, welches die häusliche Aufgabe hatte, seine eigenen Arbeiter nach Schluß der Arbeitszeit zu zerrücken.

Hiermit war das Laien des Herrn Scholz noch nicht erschöpft. Nachdem alle diese Maßnahmen an der Ruhe der Arbeiterdacht gescheitert, provozierte Herr Scholz weiter, indem er eine Anzahl Kollegen in seinen Betrieb locken ließ und durch Anlocken bewachte, daß ihm die Polizei gescheit hätte. Arbeitswillige in den Fabrikräumen schlafen zu lassen und denselben ein kräftiges Essen für 40 Pf. pro Tag verabreichen zu dürfen. Es kam aber noch schlimmer. Am 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, erschienen plötzlich sämtliche Vertrauensleute des Textil-arbeiterverbandes und noch einige Organisierte ihre Entlassung.

Nun nochmals zur Polizei. Die alten Leute, die ihr ganzes Leben bei der Firma gearbeitet haben, wurden durch die Polizei bewacht und auseinandergetrieben! Ist das nicht eine Verletzung der Arbeiterdacht von Seiten der Firma? Und welche die Polizei, die sonst immer so feindlich sein will, nicht erst Verhandlungen einzuleiten, ob Gefahr vorliegt und ob Arbeitswillige zu beschützen sind? Ist die Polizei das Recht, da, wo gar keine Störung vorgekommen ist, Leute auseinanderzuweisen? Wir sagen, die Polizei hat hier im Auftrag Scholz unangenehm gehandelt, und um die Organisation im Grunde mit oder im Auftrag des Herrn Scholz zu sprengen, hat sich die Polizei bereits zwei volle Wochen vor der letzten Entlassung bewandernswürdig bemüht. Als nun nach diesem offenen Angriff die Organisationsleitung bei dem zuständigen Polizeirevier Nr. 46 am Hofsteinischen Kamp erfahren wollte, warum denn eigentlich die Polizei schon 14 Tage dort Posten gesetzt hat, verwendete der Me-

meiste er also die Zahl seiner Anrechte; viele also sah er um sich, die minder glücklich als er waren, viele hingegen von ihm ab. Der Reiche fühlte sich und wurde stolz. Er hing an die Wertgegenstände seines Glücks mit Wertgegenständen seines Wissens zu verwechseln. Die Arbeit vieler kam dem Einzigen zugute. Also schloß er, diese Reichen seien des Einzigen wegen da . . . Das Recht des Stärkeren kam auf, Macht bezerrigte zur Unterdrückung und zum ersten Male zeigten sich Tyrannen . . . Das Glück führte den Reichen zum Mühsamgang, der Mühsamgang führte zur Rittersheit und endlich zum Voller . . . Die Tochter seines Anrechts war ihm zur Gattin zu niedrig, aber zur Befriedigung seiner Luste war sie doch zu gebrauchen."

In naiver Form, in der Sache aber ziemlich richtig zeigt hier Schiller den innigen Zusammenhang auf, der zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung, politischer Unterdrückung und sittlicher Verschlammung der herrschenden Klassen besteht. Abermals sozialistisch gedacht sind auch diese Sätze: „Der Genuß wurde von der Arbeit, das Mittel zum Zweck, die Ausnutzung von der Belohnung geschieden. Ewig nur zu ein einzelnes kleines Bruchstück des Ganzen geteilt, bildet sich der Mensch nur als Bruchstück aus, ewig nur das eintönige Geräusch des Rades, das er antreibt, im Ohr, entmündet er wie die Harmonie seines Wesens, und anstatt die Menschheit in seiner Natur auszuprägen, wird er bloß zu einem Ausdruck seines Geschickts, seiner Wissenschaft.“ Selbst heute vermöchte man die kapitalistischen Scharfheiten des scheinbaren Prinzips von der Teilung der Arbeit nicht berechtigt zu schildern! Auch die Entstehung des Staates erklärt Schiller aus dem „Zwang“ materieller Bedürfnisse heraus; die Not richtete denselben nach bloßen Naturgesetzen

ein, ehe er der Mensch es nach Vernunftgesetzen formte."

Der Gedanke, daß bloße politische Freiheit ohne soziale Gleichstellung die Menschen nicht befähigen kann, steht übrigens auch im „Demetrius“ wieder den Schiller unwobendet hinterlassen hat, und zwar bezeichnenderweise gerade an jener Stelle, die politische Kalkspielerei seit hundert Jahren immer wieder gegen den demokratischen Gedanken auszuspielen be-lieben, in jenen berühmten Versen:

„Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist der Unsinne. Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen. Besümmert sich ums Ganze, wer nichts hat? Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl? Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt, dem Brot und Stiefel seine Stimm' verkaufen. Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen! Der Staat muß untergehen, früh oder spät. Wo Mehrheit liegt und Unverstand entscheidet!"

Der Leser wird bemerkt haben, daß wir in diesen Versen gerade jene Sätze durch den Druck hervorhaben ließen, die gewöhnlich nicht zitiert werden. Aber gerade auf diese Sätze kommt es zum Verständnis des Ganzen an. Denn in ihnen bringt Schiller klar zum Ausdruck, daß der Sprecher nur in der sozialen Abhängigkeit der Massen ein Demutis für ihre politische Gleichberechtigung erblickt. Ist diese Abhängigkeit beseitigt, ist der „Bettler“ kein Bettler mehr, der dem Mächtigen, der ihn bezahlt, um Brot und Stiefel seine Stimm' verkaufen" muß, dann -- das ist der logische Schluß -- ist auch jeder Grund für die politische Gleichberechtigung gefallen. Schiller denkt also hier im Grunde genommen durchaus sozial, wenn (das ist wohl kaum besonders zu be-tonen) die heutige Sozialdemokratie auch bekanntlich den Kampf in genau entgegengekehrter Richtung führt: sie sucht die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen, um mit ihrer Hilfe die soziale Ungleich-

heit aus der Welt zu schaffen. Das ist gewiß ein fundamentaler Gegensatz in der tatsächlichen Auf-fassung, aber der gemeinsame soziale Grundgedanke bleibt dennoch bestehen.

Im übrigen muß selbstverständlich jenes „De-metrius“-Wort des Aristen Leo Sapieha durchaus aus der Zeit des polnischen Reichstages heraus be-urteilt und darf nicht unbesehen auf heutige Ver-hältnisse übertragen werden. Und aus jener Zeit heraus angesehen, in der die Armen eben zum großen Teile wirklich „Bettler“ und nicht wie heute moderne Klassenbewußte Proletarier waren, gewinnt das Zitat natürlich sofort ein ganz anderes Gesicht.

Und noch eins: an einer anderen Stelle dieses Schriftchens wiesen wir schon darauf hin, daß man den Dichter nicht ohne weiteres habitar machen darf für jedes Wort, daß er irgendeiner der von ihm gezeichneten Personen in den Mund legt. Und wie wenig sich Schiller im besonderen mit Sapieha identi-fizieren wollte, das geht aufs deutlichste hervor aus seinem Dispositionsentwurf zum „Demetrius“, der uns erhalten geblieben ist. In diesem Entwurfe charakterisiert er den Sapieha ausdrücklich als „Halber Pole, Maquat und Slaasmann“, der zwar rednerisch „vortrefflich“ spricht, sich aber nicht zu „mähtigen“ vermag. Und in Klammern fügt Schiller in seinem Entwurfe gerade der vorher zitierten Stelle die Bemerkung an: „Sapieha denkt oligarchisch (d. h. im Sinne einer Oligarchie!) und es ärgert ihn, daß die gemeinen Obelassen auf dem Reichstage das große Wort führen dürfen. In seinem Zorn läßt er sich seine Verachtung der Randboten und seinen Senatorenhutz nur zu deutlich merken.“ Man sieht also: Schiller dachte gar nicht daran, durch Sapiehas Mund selbst zu sprechen, sondern wollte durch jene Worte eben nur den Sapieha recht deutlich charakterisieren. (Schluß folgt.)

viertkommisär darüber die Auskunft. Soviel sieh man durchsichern, daß der Schutz von Scholz verlangt worden ist und daß der Kolize dazu da ist, jedes Mißbehalt zu verhindern. Ja, wenn sie das nur fertig bräde.

er auf drei Mann zu und besetzte sie mit Kofenamen wie sie im Wörterbuch eines gebildeten Mannes nicht zu finden sein sollten. Von diesem gefälligen Grund, ohne Aufklärung den Betrieb verlassen zu können, machten einige Kadierer Gebrauch.

für die ersten drei Jahresviertel, die Schweiz mit 401 Doppelzentner und dann folgen die übrigen Länder mit sehr viel geringeren Bedarf.

Aus den angeführten Ziffern geht hervor, daß die Niederlande der zweitbeste Markt für deutsche Lederwaren sind. Besonders liegt nun der holländischen Kammer der Entwurf eines neuen Zolltarifs vor. Bestimmungen im Falle der Annahme danach angehen wären, die Einfuhr nach dort nicht unerschöpflich zu erschöpfen und damit den deutschen Handel empfindlich zu schädigen.

Im Folgenden bringen wir nun die vollständigen Tabellen über unseren Ausfuhrhandel in Lederwaren nach den Bestimmungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes zum Abdruck.

Ausfuhr in Lederwaren von Januar/Sept. 1912. (Nach Angaben des Kaiserlich Statistischen Amtes.) (Mengenheiten ist der Doppelzentner.)

Table with columns: Warenart, Länder, Jan./Sept. 1912, etc. Includes sub-sections for Sattlerwaren and Tischnerwaren.

Ausland.

Der Streit bei der Firma Wolfner in Budapest wurde nach einwöchiger Dauer mit einem Erfolg der Arbeiter beendet. Erreicht wurde eine 10- bis 15prozentige Erhöhung der Löhne für eine große Anzahl der gemeinlich schlecht bezahlten ärztlichen Ausstattungsgegenstände.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel in Lederwaren hat sich in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1912 sehr gut entwickelt. Vergleichende Zahlen aus dem Vorjahre können wir leider nicht anführen, weil die Trennung in mehrere Positionen für Lederwaren erst seit Januar 1912 durchgeführt ist.

Ausperrung bei Ludw. Kasse u. Sohn, Galle a. B. Trotz des bestehenden Tarifvertrages in der Ludwigs- und Kassefabrik der Firma Ludw. Kasse u. Sohn haben die Inhaber am 6. November sämtliche Arbeiter, circa 500, darunter 58 Sattler, ausgesperrt.

Des weiteren weiß die Firma auf die vertragliche Bestimmung hin, wonach bei Streitigkeiten die den ganzen Betrieb betreffen, der Arbeiter auswärts vor Anwendung irgendwelcher Kampfmaßregeln mit der Firma zu verhandeln hat.

Table showing leather goods exports by country: England, Sweden, Belgium, Denmark, France, etc.

Table showing leather goods exports for 1912: Total 1459,1200, France 180, 121, etc.

Table showing leather goods exports: Switzerland, Argentina, U.S.A., etc.

Table showing leather goods exports: Total 4014,7700, Switzerland 417, 507, etc.

Serbiens Einfuhr von Sattler- und Lederwaren gehalten sich nach dem Bericht des Konsuls in Belgrad wie folgt: Lederne Treibriemen bezog das Land im Jahre 1911 für 213,150 (108,103) Dinar

Das Beste, was wir von der Geschichte haben, ist der Enthusiasmus, den sie erregt.

Aus unserem Beruf.

Mißstände in der Postwagenfabrik Gg. Strauß, Frankfurt a. M. In diesem Betrieb, der sich seitler in Kollektivformen einer gewissen Beliebtheit erfreute, sind mit dem Einzug des Betriebsleiters Herrn Müller auch „finstere Zustände“ entstanden. Dieser Herr mit den Manieren eines preußischen Feldwebels glaubt offenbar eine Herde Kulis vor sich zu haben. Satts Maul und andere lebenswichtige Attribute sind an der Tagesordnung. Weiter haben alle Arbeiter, nicht nur die Sattler, über schandliche Schläge von der Heberleiterarbeit zu klagen. Ein werden mit allen Mitteln die Leute dagehalten, nach einer halben Stunde ist auf einmal die Arbeit nicht mehr eilig. Ein andermal soll nachts durchgearbeitet werden, die Arbeiter eichen sich danach, sagen ihrer Familie Bescheid, und dann mitten in der Nacht werden sie herausgejagt. Man haben sie Ausgaben gemacht, müssen aber herant, und können, da keine Jahrgelagende mehr in, leben, wo sie die Nacht bleiben. Wir meinen, im wohlgemeinten Interesse der Firma wäre hier ein Mann nötig, der wenigstens etwas mehr Menschlichkeit hat. Dann möchten wir betonen: Es kann der Firma nicht ganz unbekannt sein, daß, so mit ihren Leuten, und die schlechtesten nicht es nicht, umgegangen wird. Diese Behandlung zeigt die Arbeiterfreundlichkeit der Firma nicht im besten Lichte. Hoffentlich sorgt Herr Strauß dafür, daß dieser Betriebsleiter mit Angesehen Umgang mit Menschen durchstudiert, damit wir nicht genötigt sind, mit weiteren Internas an die Öffentlichkeit zu treten.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. (E. 8. 11.) In einer von 51 Kollegen besuchten Generalversammlung, die am 6. November stattfand, wurde zunächst das Ableben des Kollegen L. Merle in üblicher Weise geehrt. Alsdann referierte Kollege Schulz über das Thema: „Was lehren uns die Feuerung und die Kriessgefahr?“ Das Referat, in dem Redner die Gefahren der Feuerung, die Folgen unserer Weltmachtpolitik und die Gefahren, welche für die Arbeiterklasse hieraus entspringen, schilderte, schloß mit der Mahnung zur regen Betätigung nicht nur im gewerkschaftlichen, sondern auch im politischen und genossenschaftlichen Sinne und wurde beifällig aufgenommen. Im weiteren beschloß sich die Versammlung erneut mit dem Beschlusse betreffend Austritt aus der Bezirksstufe. Die Ortsverwaltung glaubte, daß nachdem sowohl der Gauleiter als auch der Zentralvorstand uns die Zustimmung gegeben, auf die Durchführung unseres Verlangens (Gewährung eines Streikzulohnes aus Mitteln der Bezirksstufe) bei einer demnächst einuberufenenden Bezirkskonferenz zu drängen, sich der Beschluß, welcher den Austritt bezweckt, nicht mehr verantworten läßt. Sie heißt daher den Antrag, diesen Beschluß aufzugeben. Dieser Antrag wurde nach langer und eingehender Debatte mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Zur Begründung wurde von einer Reihe Kollegen angeführt, daß, solange die Bezirkskonferenz nicht definitiv diesen Beschluß gefaßt hat, unser Austritt bestehen bleiben müsse. Wenn die Bezirksstufe den Streikzulohn gewähre, wollten wir sofort wieder betreten und mitarbeiten. Diese Stellung sei in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse geboten, und kein Mensch könne uns aus diesem Grunde Disziplinbruch vorwerfen. Eine Reihe Wünsche und Anfragen wurden zufriedenstellend erledigt.

Offenbach a. M. (E. 8. 11.) Unsere am Sonntag, den 4. November, stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren in diesem Quartal mit 10 748,70 Mark. Für Reiseunterstützung wurden 65 Mk., für Arbeitsloshunterstützung 176,50 Mk., für Krankenunterstützung 2106,25 Mk. und für Beerdigungsbeihilfe 305 Mk. verausgabt. Außerdem wurden 59,50 Mk. für Gemeindefestunterstützung ausgezahlt und an die Hauptkasse 6395,21 Mk. gesandt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 1659. Sie ist gegen das vorletzte Quartal, wohl in der Hauptsache infolge der Beitragserhöhung, um 25 zurückgegangen, welcher Mängung kurzzeit jedoch wieder durch Neuaufnahmen schon mehr als eingeholt wurde.

Beim zweiten Punkt bereitete sich Kollege Marxmich in längeren Ausführungen über die Notwendigkeit der Errichtung eines Jugendheims. Seit Verlehen der Offenbacher Jugendorganisation bildet die Lokalkasse einen festen Punkt in deren Bestand und Weiterentwicklung. Wir haben als Gewerkschaftler das größte Interesse an der proletarischen Jugendbewegung, zumal wir sehen, was bürgerliche Kreise für ihre Jugendvereine tun, zu welchen sie auch die Arbeiterjugend heranziehen möchten. Wir dürfen nicht ruhig zusehen, wie unsrer eigener Nachwuchs entzweudet wird. Zunächst gilt es für die

Jugend ein eigenes Heim zu schaffen und zu verhindern, daß diese sich in der Lokalkasse fortgebet auf einer Wanderung befindet. Der jetzige Notbehelf im Gewerkschaftshaus wirkt als lösend auch auf die anderen Veranstaltungen. Mit dieser Frage hängen noch andere zusammen, die fast ebenso dringend sind. Die Räume unserer Zentral-Arbeiterbibliothek sind schon lange nicht mehr praktisch und den Bedürfnissen entsprechend. Auch muß in absehbarer Zeit unbedingt mit Erweiterungen des Gewerkschaftshauses gerechnet werden. Seit dessen Erbauung haben sich die Gewerkschaften bedeutend vergrößert, weshalb die uns im eigenen Heim zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten schon lange nicht mehr zureichend sind. Viele Veranstaltungen müssen aus diesem Grunde schon heute anderwärts stattfinden, wodurch die Rentabilität des Gewerkschaftshauses immer mehr in Frage gestellt wird. Bei einem zweckentsprechenden Umbau dürfte sich die Frequenz entscheiden haben. Finanzziell sieht unser Unternehmen gut und hat Zusätze bis jetzt noch nicht nötig gehabt. Am die Frage des Jugendheims bzw. eines Umbaus zweckentsprechend zu lösen, bedarf es aber jetzt der Hilfe der Gewerkschaftsleiter. Eine vom Gewerkschaftsleiter mit der Realisierung dieses Planes betraute Kommission macht folgenden Vorschlag: Jedes Gewerkschaftsmitglied leistet zu dem notwendigen Umbau des Gewerkschaftshauses bzw. Schaffung eines Jugendheims den Beitrag von 2 Mk. Dieser Beitrag wird auf einen Zeitraum von drei Jahren derart verteilt, daß im ersten Jahre 1 Mk. und für die folgenden zwei Jahre je 50 Pf. zu zahlen sind. Dazu dürften noch freiwillige Beiträge von Arbeiter-Turn- und Sportvereinen, Festüberschüsse und dergleichen kommen, so daß nach drei Jahren das notwendige Kapital vorhanden und mit dem Bau begonnen werden kann. Der Redner schließt mit der Bitte, die Kollegen möchten sich voll und ganz dem Vorschlage der Arbeitskommission anschließen.

In der angeregten Diskussion stellen sich alle Redner durchaus auf den Standpunkt des Referenten. Man ist sich vollständig darüber einig, daß die Jugendorganisation mehr als bisher gefördert werden, das Verhältnis für die proletarische Jugendbewegung auch unter unseren Kollegen mehr gewertet werden müsse. 50-60 junge Portefeinler sind heute noch Mitglieder des Arbeitervereins und nehmen an dessen Veranstaltungen teil. Stehen den bürgerlichen Jugendvereinen andere Geldquellen offen, so sei es hier die Arbeiterklasse, welche aus eigener Kraft für die zweckmäßige Heranbildung ihres Nachwuchses zu sorgen habe. Schon das Gebot der Selbsthaltung zwingt uns, den Vorschlägen zuzustimmen.

Das Programm zu unserer Herbstfeier ist nun endgültig zusammengestellt und kann allen Besuchern ein sehr genutzreicher Abend in Aussicht gestellt werden. Jedem Kollegen wird wie im Vorjahre eine Karte durch den Unterfasser zugestellt. Ein Erheber, der sich weigerte, dem nachzukommen, wird verpflichtet, das Veräumte nachzuholen. Ein kurzer Austausch findet noch über die mit den letzten Vertreterversammlungen gemachten Erfahrungen statt, welche nicht überall die besten sind. Eine Anfrage aus der Versammlung, warum die Sperrnötigkeit über den Maurerischen Betrieb auf einmal aus unserer Zeitung verschwunden ist, wird vom Kollegen Wurm dahin beantwortet, daß die Ortsverwaltung damit ebenfalls überträgt worden sei. Der Zentralvorstand soll um Aufklärung ersucht werden.

Heilbronn. (E. 9. 11.) Die am 2. November tagende Mitgliederversammlung nahm erneut Entscheidung zu einer Autobrandenkonferenz. Da nun wieder von hier aus der Stein ins Rollen kam, ist man auch hier der Ansicht, daß es eine unbedingte Pflicht des Zentralvorstandes ist, jetzt endlich einmal dem Verlangen der Mitglieder Rechnung zu tragen. In dieser Sache etwas zu unternehmen und sich jetzt nicht mehr schieben zu lassen. Wenn die Heilbronner Kollegen auch vorläufig von einer Reichskonferenz absehen, so wünschen sie aber unbedingt, daß im Laufe einer ganz kurzen Zeit einer Bezirkskonferenz der nächstliegenden Städte mit ausgebreiteter Autobrande die Zustimmung erteilt wird, damit die im Frühjahr ablaufenden Tarife auf Grund einheitlicher Bestimmungen aufgebaut werden. Wir sind hier der Ansicht, daß man doch einen Weg finden wird, damit man doch einigermaßen einheitliche Verdienverhältnisse und auch auf der ganzen Linie gleiche Stundenlöhne und passende Grenzen des zu erzielenden Akkordüberschusses schafft. — Hierauf wurden die letzten Vorbereitungen zu unserem am 21. November stattfindenden Familienabend getroffen.

Dresden. (E. 9. 11.) Am 7. November tagte in den Reichshallen eine außerordentliche Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Der Streit bei der Firma Hainichen; 2. Allgemeines. Zum ersten Punkt gab Kollege Eisner den Bericht. Zurückgreifend auf die Verhandlungen beim Tarifabschluss der Reichshallenarbeiter im Frühjahr schilderte Eisner das querzweirische Gebaren des Herrn Hainichen.

Bei der entscheidenden Verhandlung konnte Herr Hainichen nicht umhin, bei jedem gemeinsam festgesetzten Paragraphen Einspruch zu erheben, so daß selbst seine Herren Kollegen höchst unwillig über Herrn Hainichen wurden. Als die Unterschrift erfolgen sollte, bedrückte Herr Hainichen mit dem Bemerkten, er habe keine Zeit. Nachdem nochmals mit Herrn Hainichen eine ergebnislose Rücksprache stattgefunden hatte, mußte die Erledigung der Tarifangelegenheit auf eine für uns günstigere Zeit vertagt werden. Genau so ergebnislos verliefen die Verhandlungen bei der Firma Schlöter. Warum verweigert Herr H. die Unterschrift? Beim § 2 Absatz 3 sagt ihm der letzte Absatz nicht zu, welcher lautet:

„Am 1. April 1914 erhöhen sich die Löhne um weitere 3 Proz bei Inkrafttreten der weiteren Verfüzung der Arbeitszeit.“

während die Firma Schlöter aus angeblich prinzipiellen Gründen die Unterschrift verweigert. Um nun die beiden Firmen zum Anschlag auf den Tarif zu bewegen, reichte im Einvernehmen mit der Kollegenschaft die Ortsverwaltung Forderungen ein und erbat Antwort bis zum 25. Oktober, welche ausblieb. Am 26. Oktober versuchten die Kollegen Fusch und Eisner eine Verständigung herbeizuführen, jedoch ohne Erfolg. Diese Unzulänglichkeiten löste bei der Kollegenschaft Erbitterung aus und die Kollegen legten am 28. Oktober bei der Firma Hainichen einmütig die Arbeit nieder. Darüber war natürlich Herr H. sehr entrüstet und so sollten die Gehilfen durch Nichterspruch zur Arbeit resp. vierzehntägiger Mandatstrafe gezwungen werden, im Weigerungs-falle zum Schadenersatz verurteilt werden. Dies hatte Herr H. die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Nun haben sich, wie bei jedem Streik, auch arbeitswillige Hausarbeiter gefunden. Es ist der Sattler John in Coswig, welcher zurzeit bei der Firma Sähnel in Beschäftigung steht, und dann noch ein arbeitswilliger Hausbesitzer und Privatier Gebauer, Dresden-Striesen, Tillmannstraße 7. Bei letzterem kann es uns nicht wundernehmen, ehrlichen Arbeitern in den Rücken zu fallen, denn bei den hohen Mietpreisen ist es für einen Hausbesitzer unbedingt erforderlich, noch die Hände zu rühren, um der Feuerung gerecht zu werden! — Auch die Lederfirma Sobre hilft mit dem Auto, Streifarbeit an die Meister zu transportieren. Herr Mühlhaff, Bettliner Straße und Innenstraße, und Herr Schumann, Kaddeul, können es sich nicht verlagen. Herrn G. bezugspringen. Mag nun Herr H. aufstellen, was er will, die Kollegen halten fest zusammen und werden sich durch nichts verblüffen lassen. Nun haben an dem Tage der Arbeitsniederlegung die Militärsattler aufgehört zu arbeiten und glaubte Herr H. einen Grund gefunden zu haben, eine Aussperrung der Militärsattler Dresden in die Wege zu leiten, jedoch werden ihm die Fabrikanten eines Besseren belehrt haben. — Bei der Firma Schlöter konnten sich die Kollegen zu einem entscheidenden Schritt nicht aufschwingen, weil momentan das Organisationsverhältnis ungünstig ist. Ein Aushilfskolle, Weisker ist sein Name, hält sich für verpflichtet, der Firma Spieldienste zu leisten. — Es wird nun an den Kollegen liegen, das Veräumte nachzuholen und den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Der Firma Schlöter wollen wir auf den Weg geben, daß das, was Herr Hainichen in seinem Betriebe nicht für möglich gehalten hat, bei der Firma Schlöter eintreten wird. Früher oder später! — Im Allgemeinen wurden die Ausschlußanträge der Ortsverwaltung gegen die Kollegen John in Coswig und Weisker wegen Verstoß gegen Verbandsinteressen einstimmig angenommen.

Oberneulirch O.L. Donnerstag, den 7. November, fand hier eine gut besuchte Zusammenkunft der Kollegen aus Neulirch und Wülken statt. Schon im Jahresbericht von 1911 wurde erwähnt, daß hier und in Wülken eine Anzahl Kollegen dem Verband angehört. Da die beiden Wertwarenbetriebe eine ständige Vergrößerung aufweisen, so wurde schon vor längerer Zeit die Gründung einer Zählstelle in Erwägung gezogen. In obigem Datum hielt Gauleiter Kollege Wartsch-Görlich ein einleitendes Referat über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und besprach dann die Möglichkeit und die Vorteile einer eigenen Verwaltungsstelle, desgleichen die Zustimmung des Zentralvorstandes. Alle Anwesenden sprachen sich für die Gründung aus, die dann einstimmig erfolgte. Vorsitzender wurde Kollege Fritz Seiserl, Oberneulirch Nr. 213. Nach Erteilung von Informationen und Erledigung geschäftlicher Sachen, sowie dem Hinweis, ganz besonders in Wülken für die Ausbreitung der Zählstelle tätig zu sein, wurde die erste sehr anregende Versammlung geschlossen.

Berlin. (E. 11. 11.) Samstag, den 9. November, fand eine gute besuchte Mitgliederversammlung der Treibriemenbranche bei Schulz, Königstraße 17, statt. Nach Verlesen des Protokolls machte der Vorsitzende die Kollegen auf die am 17. November statt-

stehende Wahl der Arbeitnehmerbeiträge zum Gewerbegericht aufrecht erhalten und zum zweiten Male betreffend Minderung des Tarifs über. Es wurde festgestellt, daß 12 Firmen, die aber den Hauptbestandteil unserer Branche bilden, Tarife vereinbart hätten. Leider sei es beim letzten Abschluß nicht möglich gewesen, einheitliche Tarife für alle Firmen zu erzielen. Nach längerer lebhafter Diskussion wurde der Beschluß gefaßt, den Tarif zum 15. Dezember zu kündigen und bis zum Ablauf desselben alle Kräfte einzusetzen, um den neuen Tarif vorzuleisten und vor allen Dingen einheitlich zu gestalten. Zum Punkt 3. „Unser Arbeitsnachweis“, wurde das Verhalten verschiedener Kollegen kritisiert, die häufig Arbeit annehmen, obwohl sie bestimmt wissen, daß sie diese nicht ausführen können. Hauptgegenstand eines älteren Kollegen wurde zur Zeit angeführt, daß teilweise unvorsichtige Angaben den Weibern gegenüber das keine possidenden Kollegen auf unserm Nachweis zu waren, selbige zum Anwerben veranlaßt zu haben, wodurch leicht unorganisierte Arbeiter die Vorteile jahrelanger Organisationsarbeit genießen. Auf das und ähnliche Vorkommnisse hin wurde beschlossen, in betriebliehen Fällen einen anderen Kollegen nachzuschicken, so daß auf jeden Fall durch unseren Nachweis vermittelte Stellen zweckmäßig besetzt werden. Unter Punkt 2. „Besuchenden“, wurde, wie schon so oft, über die missliche Lage der Kollegen bei der Firma Schwarze u. Co., Neßchendorf gesprochen. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in absehbarer Zeit auch die Inhaber dieser Firma die Macht unserer Organisation werden einsehen müssen. Ferner wurde darüber Klage geführt, daß immer wieder versucht werde, Mitglieder für den selben Verband zu gewinnen, und zwar unter der Maske eines Unterrichtsvereins, so daß leider immer noch verschiedene Kollegen einer solchen Vereinigung, wenn auch unbewußt, beitreten.

Berlin. (E. 11. 11.) Ein sehr unerfreuliches Bild bietet der Bericht den der Kollege Langquitsche in der letzten Branchenversammlung der Reiseartikelhändler und Portefeuilleher gab. Er mußte hier feststellen, daß trotz der jetzt herrschenden guten Konjunktur ein Mitgliederverlust, fast einer Mitgliederzunahme, zu verzeichnen ist. Die Branche hat sich wie folgt entwickelt: Bestand am 1. Juli 1923, verlor sich 3, abgetreten 15, freiwillig ausgeschieden 11, ausgetreten wegen Beitragsrückstände 102, zugerechnet 16 übergetreten 1, vom Ausland übergetreten 2, nachgezahlt 32, von unserer Jugendabteilung übergetreten 2, neu eingetreten 70; Bestand am 31. September: 1515, also Verlust von 8 Mitgliedern. Die einzelnen Unterbranchen unserer Branche zeigen folgende Mitgliederbewegung:

	7. 12. 31. 9. 12.	
Galanteriebranche	272	266
Taschenbranche	455	467
Kofferbranche	255	255
Portefeullesbranche	841	827

Zugewonnen hat also einzig die Taschenbranche (2), stabil geblieben ist die Kofferbranche; dagegen zeigt die Galanteriebranche einen Rückgang von 6, und die Portefeullesbranche einen solchen von 14 Mitgliedern. Unter Berücksichtigung der Beitragsrückstände von 70 auf 75 Pct. für die Portefeulleher kann man sagen, daß der Mitgliederverlust sehr gering ist. Bedenkt man aber daß er speziell in der Portefeullesbranche zur Zeit der guten Konjunktur, also zu einer Zeit erfolgt, wo doch Erfahrungsgemäß auch die Agitation wieder guten Boden findet, hätte er nicht kommen dürfen. Gerade die Portefeulleher haben allen Anlaß, den schreibenden Schirm unseres Verbandes nicht zu verlassen, weil die Unternehmer, wie die Mitglieder der Branchenkommission in den Werkstättenversammlungen leider oft feststellen konnten, auffallend oft gegen den Tarif verstoßen und so die Vorteile des Tarifes den Kollegen vorzuenthalten. Es ist aber eine alte Erfahrung, daß dann, wenn die Mitglieder nicht mehr so fest zum Verband halten, die Unternehmer das ausnutzen und ihnen langsam aber sicher eine Ertragsentschärfung nach der anderen aus der Hand reißt. Deshalb handeln die Kollegen, die dem Verband den Rücken kehren oder nicht weiter zahlen, so töricht wie jener Mann, der den Hut abgibt, auf dem er saß. Uns Organisierten aber, gleichgültig welcher der vier Branchen wir angehören, erwächst daraus die Pflicht, energischer als bisher die Agitation zu betreiben. Werde jeder ein Agitator, suche jeder seinen Nebenmann, der noch nicht oder nicht mehr in unseren Reihen ist, zu gewinnen! Je mehr Streiter für unsere Interessen in unseren Reihen stehen, desto sicherer sind unsere Interessen gewahrt, desto größer ist die Aussicht, später durch Ausnutzung unserer wirtschaftlichen Macht die eigene Lage zu verbessern.

Außer den so unerfreulichen Bericht bot die Branchenversammlung auch einen hochinteressanten Vortrag des Genossen Weber über das Thema: „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“. Der Referent schilderte in seinem durch zahlreiche Beispiele ge-

wünzten Vortrage, wie der Kapitalismus durch die Staatsgewalt den Arbeiter immer mehr anfeindet habe. Das Streben nach mehr Lohn sei ihm durch Soziallogische, die Forderung nach vernünftiger Arbeitszeit durch Staatsdekrete zumide gemacht worden. Auf seine Veruche, sich zu koalieren, um so seine Lage zu verbessern habe der Staat bis in das vorige Jahrhundert hinein mit scharfen Strafbestimmungen geantwortet. Ja, als dann durch die moderne Entwicklung die Staaten gezwungen wurden, den arbeitenden Staatsbürgern das Koalitionsrecht zu geben, habe man oft die Wohltat, die eine Gesetzbestimmung erwährt hatte, durch eine andere reaktionäre Nebenbestimmung wieder aufgehoben oder doch wesentlich eingeschränkt. Darum rief sich für den modernen Arbeiter, der es mit der Fortentwicklung seiner Klasse ernstlich meint, die Notwendigkeit, auch mitzuarbeiten an der Gewinnung der politischen Macht die nur einmal der Arbeiterklasse ihrer Zahl und ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben gemäß zukommt.

Münchenern. (E. 12. 11.) Am 5. November fand eine hart beachtete Mitgliederversammlung im „Neuenstr.“ statt. Unter anderem wurde Stellung genommen zu den Differenzen der Firma Penno. Der Sekretär, der kürzlich Militäraustrittungen für das Ausland lieferte, erklärte eines Tages im Beisein des Geschäftsführers daß er einen höheren Lohn fordern ließen soll und er könnte die Bestellung nur dann annehmen, wenn die Lohnhöhe 10 Pct. pro Stück billiger gemacht werden. Die Arbeiter sollen sich nicht entschließen, denn er müsse die Deutsche der Bestellung wegen, sofort ausgeben. Tatsächlich fielen die Kollegen, darunter auch ältere Verbandsmitglieder, auf diesen Trick herein und machten die Arbeit 10 Pct. pro Stück billiger. Nachgeprüft wurde aber, daß er die Bestellung schon lange vorher angenommen hatte; nur um seinen Profit zu vergrößern, kam er den Kollegen mit der Uebervandlung. Das Verhalten einiger Kollegen wurde scharf gerügt, und es wurde ihnen empfohlen, bei ähnlichen Vorkommnissen nicht selbständig zu handeln, sondern sich vorher mit der Geschäftsleitung in Verbindung zu setzen. Da nicht alle Kollegen an dem Betriebe erschienen waren und noch weitere Punkte auf der Tagesordnung standen, wurde beschlossen, die Vorkommnisse in einer Vertikalisierung zu erörtern. Zum Schlusse traten noch vier Kollegen dem Verbands bei.

Zwidau. (E. 12. 11.) Eine auf beachtete Mitgliederversammlung fand am 2. November in unserem Verbandslokale „Goldner Pecher“ statt. Nach kurzer Musik aus Leipzig hielt einen Vortrag über das Thema: „Die freien Gewerkschaften und ihre Gegner“. In vortrefflicher Weise wurde der Redner seiner Aufgabe gerecht, indem er den Anwesenden die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen charakterisierte. Im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften dienen die anderen Organisationen dazu, Vermittlung und Zerstückelung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen. Nach dem Grundriss „Teile und herrsche“ gründen und beginnen die Unternehmer ja auch die besten Werkvereine. Zum Schlusse forderte Kollege Witsch die Anwesenden auf, an Stelle der Reizheit und Angst Mut und Entschlossenheit treten zu lassen, jeder einzelne müsse seine Pflicht tun, dann werden auch in Zwidau bessere Verhältnisse eintreten.

In der Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Wagenstaller bis zu 60 Proz. organisiert seien, in Zwidau jedoch kaum der dritte Teil. Wüchten doch aus dieser Tatsache die noch fernstehenden Kollegen der Auto- und Wagenbranche die allein richtige Schlussfolgerung ziehen und sich Mann für Mann dem Verbands anschließen. Am Schlusse der Versammlung konnten vier Aufnahmen vollzogen werden.

Kollegen! Wenn die Versammlungen immer so gut besetzt würden, dann könnten wir schon etwas weiter sein. Momentlich die jüngeren Kollegen haben es vor allen Dingen nötig, wie es verschiedene Vorkommnisse in letzter Zeit zur Genüge bewiesen haben. In die Versammlungen gehen und dort sich aussprechen, das bringt die Kollegen einander näher zum Nutzen aller.

Uns anderen Organisationen.

Ein Generalappell der deutschen Holzarbeiter. Der Holzarbeiterverband steht in dem nächsten Wochen im Zeichen einer außerordentlichen allgemeinen Agitation, die bereits mit der Verbreitung eines Flugblattes in allen Verbandsbezirken eingeleitet worden ist. Die neueste „Holzarbeiter-Zeitung“ präsentiert sich in gebieterischer Aufmachung und beträchtlich erweitertem Umfang als besondere Agitationsnummer, und dementsprechend ist auch ihr Inhalt diesmal sorgsam der Situation angepaßt. Auffällenden Artikeln über das eigene Programm und die Taktik der Arbeit-

geberverbände folgen Mahnworte an die Frauen und die Jungmannschaft der Holzarbeiter. Außerdem bringt diese Nummer die Bekanntmachung über bunderte im ganzen Reich stattfindende Agitationsversammlungen, während der Verbandsleiter die Gelegenheit ergreift, um die Mitglieder mit kurzen, packenden Worten auf ihre Pflicht, unabhängig für den Verband zu wirken und die Versammlungen recht fleißig zu besuchen, wie folgt hinzuzusetzen: „Generalappell der deutschen Holzarbeiter. Auf der ganzen Front rufen die Unternehmerorganisationen zu einem Schlage gegen die Arbeiterverbände. Das zwingt die letzteren, ihr Müßiggang auf dessen Widerstandsfähigkeit und die Organisation auf ihre Widerstandsfähigkeit zu prüfen. Zu diesem Zweck finden in der zweiten Hälfte des November in allen Zahlstellen des Verbandes Holzarbeiter - Versammlungen statt mit der Tagesordnung: „Die Kriegsvorbereitungen der Unternehmervereine für das Jahr 1913“. Die Verhandlungen der Verbandsleitung, gerade die gegenwärtige Zeit, die nicht nur an den Gesamtverband, sondern auch an jedes einzelne Mitglied hohe Anforderungen stellt, weil wiederum schwere Kampfesskizzen im Gewerbe sich zusammenziehen, zu einer recht intensiven Agitation auszunutzen, sollten von allen Verbandsmitgliedern verständnisvoll und nachdrücklich unterstützt werden. Darum wollen auch wir nicht verfehlen, an dieser Stelle die Holzarbeiter an ihre Aufgaben zu mahnen.“

Die 44 Wochen andauernde Ausspernung der Panzerarbeiter in Karlsruham wegen Nichtanerkennung des unparteiischen Arbeitsnachweises wurde in einer Verhandlung unter dem Vorsitz des Stadtmagistrats beigelegt, nachdem die Baugewaltigen auf ihre anmaßenden Rechte verzichtet haben. Die Lohnbewegung der Zimmerleute in Wetzlar konnte nach vierwöchigen Ausständen zugunsten der Arbeiter beigelegt werden. Es kam zum Abschluß eines Tarifvertrages, wonach sich der Stundenlohn im ersten Jahr von 60 auf 63 Pct., im zweiten auf 65 und im dritten auf 67 Pct. erhöht. — Der Streik der Spinner und Weber der Schwarzenbacher Kautweberei und Spinnerei ist nach vierwöchiger Dauer beendet worden. Unter dem Vorsitz des Bezirksamtmanues von Hof fanden Verhandlungen statt, die den Arbeitern Lohnserhöhungen bis zu 8 Proz. brachten. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß zum erstenmal in Oberfranken ein Tarif zur Durchführung gebracht worden ist, der den Arbeitern ermöglicht, den Arbeitslohn bei Beginn der Arbeit berechnen und festsetzen zu können. — Wäher war dies nicht der Fall; die Unternehmer zahlten nach Willkür. — In der Schuhfabrik in Striegau stehen 91 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen im Streik, weil die Firma trotz der allerbesten Vöhne, die in dem Betrieb üblich sind, keineswegs Entgeltentkommen verweigerte. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat der katholische Arbeiterföhrer, ein Vertreter der Berliner Richtung, die Anwerbung von Streikbrechern für die bedrängte Firma in die Hand genommen. Für was sonst wären denn auch die „Berliner“ da?

Sozialen.

Wegen der Selbsthilfe der Arbeiterschaft, die in der beschriebenen Volksversicherungsgründung „Vollstürforge“ liegt, wird in bürgerlichen Kreisen aller Parteischattierungen mobil gemacht. Das „Berliner Tageblatt“ ist durch einen glücklichen Zufall in den Besitz des folgenden vertraulichen Rundschreibens gelangt: „Mit berechtigter Sorge haben vaterländisch denkende Männer auf die ungeheure Gefahr hingewiesen, welche der Wohlfahrt unseres Volkes aus der Gründung einer in den Diensten des Klassenkampfes sich stellenden sozialdemokratischen Volksfürsorge erwachsen muß. Ernsthafte Bestrebungen sind bereits hervorgerufen, um dem drohenden Vordringen der Sozialdemokratie durch gleichartige Gegenmittel zu begegnen. Die Errichtung eigener Volksversicherungen (Sterbe-, Begräbnisstätten usw.) wird von namhaften, auf dem Boden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung stehenden gemeinnützigen und wirtschaftlichen Verbänden erwogen. So sehr das vom nationalen Standpunkt begriffen werden muß, so bezieht die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß hierauf gerichtete Einzelbestrebungen zu einer Zerstückelung der Kräfte führen. Die nationale Gefahr, die in dem Vorgehen der Sozialdemokratie liegt, kann erfolgreich mit keinem Mittel nicht bekämpft werden. Nur wenn alle im bürgerlichen Lager zurzeit noch auseinanderstrebenden Kräfte zusammengefaßt werden, wenn der einheitlichen antinationalen Bewegung eine einheitliche nationale Bewegung entgegengeführt wird, kann durch Schaffung einer wahrhaft gemeinnützigen, groß ausgeschalteten Volksversicherung die Wirkkraft des sozialdemokratischen Vordringens aufgehalten werden.“

Mittel und Wege zu finden, wie dieses Ziel zu erreichen ist, wie ein geschlossenes und wirksames Vorgehen aller national gegenseitig an der Lösung des Volksversicherungproblems interessierten Kreise am zweckmäßigsten bewerkstelligt werden kann, soll die Aufgabe einer ohne Verdrüssigung der politischen Parteienstellung zu veranstaltenden Besprechung sein, die am 25. November 1912, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaale des Landeshauses, Berlin, Reichstraße 20/21, stattfindet und zu der wir Sie hiermit ergebenst einladen. Das einleitende Referat hat Generallandschaftsdirektor Dr. Mapp, von Homburg i. P., übernommen.

Bei der ungeheuren Bedeutung der nationalen und volkswirtschaftlichen Werte, die auf dem Spiele stehen, wenn die sozialdemokratische Volksfürsorge, ohne auf Widerstand zu stoßen, ihren Siegeszug durch Stadt und Land halten sollte, bitten wir Sie dringend um Ihre Erscheinen und um Ihre Mitarbeit an dem Plane einer gemeinsamen, den wirtschaftlichen Interessen der Versicherungsnehmer und ihrer Leistungsfähigkeit voll gerecht werdenden nationalen Volksversicherung. Eine ist dringend geboten! Bereits am 1. Januar 1913 wird die sozialdemokratische Volksfürsorge ihre Tätigkeit beginnen.

Wir bitten, uns mit freundlicher Bezeichnung derjenigen Herren unter Benutzung des aufstehenden Briefumschlages zu benennen, die Ihre Organisation in der Versammlung vom 25. November d. J. vertreten sollen, damit wir Ihnen die zum Eintritt berechtigenden, auf Namen lautenden Einladungen rechtzeitig übermitteln können.

Berlin, im November 1912.

Staatsminister v. Müller, Vorsitzender.

v. Dewitz-Idenburg, M. d. A., Eickhoff, M. d. A., Erzberger, M. d. A., Föhrenberg, M. d. A., M. d. A., v. Kochell-Beuten, Fhr. v. Nitsch-Hohen-Merzich, M. d. A., Schiffer, M. d. A., M. d. A., Windler, M. d. A.

„Wie man's macht, macht man's falsch,“ sagt der Berliner. Treiben die Gewerkschaften Agitation zwecks Lohnaufbesserung, so heißt es bei den Gegnern der modernen Arbeiterbewegung, sie besen und wühlen, leisten aber keine praktische Arbeit im Interesse der Arbeitererschaft. Versuchen sie durch Gründungen, wie die „Volksfürsorge“, in Gemeinschaft mit den Genossenschaften praktischen Idealismus zu betätigen, so fährt dem Kapitalistenklingel die Angst in das schlatternde Gewebe, die tapferen Klammern werden zu einem Kongrex einberufen, um einen Mod gegen die „sozialdemokratische“ Volksversicherung zu gründen. Wenn wir die Unterzeichner des Kundenschreibens uns der Michte besehen, ahnen wir schon im voraus, was die Herren am 25. November einbringen werden. Neben dem konterwärtigen-Freiherrn v. Nitschhofen steht Herr Erzberger, der Zentralsmann, der überall dabei sein muß. Ihm schließt sich der nationalliberale Abg. Schiffer an, und an seiner Seite pflanzt sich der immer noch unentwegt freisinnige Endhoff an. Herr Mapp hat auf der Generalversammlung des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Dresden zuerst gegen die staatliche Sozialpolitik gewettert. Sie habe das Verantwortungsgefühl der Arbeiter vermindert, ohne seine soziale Zufriedenheit zu steigern. Mit allen Mitteln des Luges, des Betruges und der Simulation werde der Versuch gemacht, sich in den Besitz der Renten zu setzen, und in breiten Schichten habe eine Art Fälschung des Rechtsgefühls Platz ge-griffen. Kurz und gut, Herr Mapp verdonnerte die Sozialpolitik in Grund und Boden. Aber wenn man nun ermarkete, daß er jetzt der Selbsthilfe der Arbeitererschaft das Wort reden werde, so sah man sich getäuscht. Selbsthilfe, das ist etwas für die Landwirte, in den Händen der Arbeiter aber ist sie ein äußerst gefährliches Instrument. Und nun gar die Volksversicherung! Es ist dem Generallandschafts-direktor ganz unmöglich zu glauben, daß die verbün-deten Regierungen dem Projekt der Genossenschaften ihre Zustimmung erteilen könnten. Die heutige Ge-setzung bietet bereits eine genügende Handhabe, diese Volksfürsorge als einen Versuch wider die guten Sitten (!) zu verbieten. Sollte aber wirklich die Handhabe fehlen, so müßte sofort die Gesetzgebung ergänzt werden, damit der Staat nicht wehrlos dem Messer der Sozialdemokratie überantwortet werde.

Es ist als sicher anzunehmen, hinter diesen Herren stehen die privaten Lebensversicherungsgesell-schaften. Wenn die „Vaterland“ sagen, dann meinen sie „Vittoria“ oder „Friedrich Wilhelm“, oder wie sonst die prozenthungrigen Unternehmungen heißen mögen.

Wird sich die Regierung mißbrauchen und zum Vollziehungsausdruck dieser Kapitalistenschreie nempeln lassen? Ein Versuch, die Volksfürsorge aus politi-scher Gegnerschaft und Gehässigkeit aufzuheben, wird nicht dauerhafter sein, als der jenes anderen Reichs-verbandes, der sich gegen die politische Arbeiterbewe-gung wandte und über den unsere Vortwärtbewegung mit verächtlichem Achselzucken hinweggegangen ist.

„Volksfürsorge“. Die Zeitung der „Volksfür-sorge“ erzählt uns, besanftigend, doch ihr mehr-fach glaubwürdig mitgeteilt wurde, daß einige Ver-sicherungskapitalen bei ihren Wertungen den Leuten vorzuschwindeln suchen, die von ihnen bewirkten Auf-nahmen erlösten im Auftrage der „Volksfürsorge“ und würden dieser später zugeführt.

Die Zeitung der „Volksfürsorge“ fordert auf, falls irgendwo derartige betrügerische Manipula-tionen weiter begeht werden, die Namen und Adressen der Betrüger festzustellen und ihr wuzun-teilen, damit die Betroffenen zur Veranwortung ge-zogen werden können.

Es hat niemand das Recht, Aufnahmen für die „Volksfürsorge“ zu machen, solange sie noch nicht konfirmiert ist. Sobald die Konfirmierung er- folgt ist, wird dies öffentlich in allen Arbeiterblättern bekanntgegeben werden und dürfen Aufnahmen für die „Volksfürsorge“ dann auch nur solche Personen machen, die sich im Besitze des mit der Firma der „Volksfürsorge“ versehenen Aufnahmehaterials be-finden.

Ausland.

Aus der Arbeiter-Internationale. Belgien. Die Kräfte der sozialistischen Arbeitererschaft be-schloß, während des Generalstreiks je nach der Ge-haltshöhe 25 bis 50 Proz. des Gehalts an den Streik-fonds abzuführen. Dem Vorsteher der Arbeiterorgani-sationen des nördlichen Frankreich, die eine große Anzahl von Arbeitern der belgischen Streikenden im Falle des Generalstreiks aufnehmen wollen, haben sich inzwischen schon zahlreiche holländische Organi-sationen angeschlossen. In Amsterdam wurde für diese Zwecke eine besondere Zentrale geschaffen.

England. Der staatlichen Arbeitslosen-ver-sicherung, die bekanntlich nur einige Industriezweige umfaßt, unterliegen zurzeit 2170651 Arbeiter.

Frankreich. In Dünkirchen streikt das Per-sonal der Gasanstalt wegen einer Reihe von Ver-schlechterungen, die ihm eine neue Diktation auf-zuwang. — In der Nähe von Marseille demonstrieren Streikende gegen Streikbrechertransporte. Der Unter-nehmer holte sich per Auto eine Anzahl Polizisten, die ohne weiteres in das Publikum stießen. Drei Tore und 15 Schauerverletzte, darunter Unbeteiligte, war das Resultat der Staatsterror. Den Polizisten oder Streikbrechern war nichts dabei gezeichnet. Der allgemeine Gewerkschaftsverband veröffentlicht ein an alle gewerkschaftlichen Landeszentralen des Auslandes gerichtetes Kundschreiben, worin gewerkschaftliche Friedemondemonstrationen vorgeschlagen werden. — Der Kongreß des Verbandes der sozia-listischen Konfessionsgenossenschaften sprach sich mit 307 gegen 30 Stimmen für den Zusammenschluß mit dem „unabhängigen“ Verbande aus, dessen gleichzeitiger Kongreß denselben Beschluß faßte.

Holland. Schon seit 1897 führen die Ge-werkschaften und die sozialdemokratische Partei einen heftigen Kampf um eine staatliche Alters- und In-validentenrente, deren Verlust, nach dem englischen und dänischen Muster, ganz dem Staat zu tragen wären. Im Jahre 1901 legte die liberale und 1905 die libera-le Regierung einen Gesetzesentwurf vor, der das deutsche System zur Grundlage hatte. Jetzt hat das Ministerium Talma erneut einen ähnlichen Ent-wurf der Kammer unterbreitet, der alle Nachteile des deutschen Gesetzes hat. Der Beitrag, je zur Hälfte vom Arbeiter und Unternehmer zu geben, ist in fünf Stufen zerlegt, vom wöchentlich 20 Cents (34 Pf.) bei weniger wie 240 Gulden Jahresein-kommen bis zu 48 Cents bei 900—1200 Gulden Einkommen. Die Altersrente soll in der untersten Klasse nach 10 Jahren und 72 Gulden, nach 20 Jahren 85, nach 30 Jahren 98 Gulden betragen, in der höchsten Klasse 172, 204 und 235 Gulden. Jährlich sind 47 Beiträge mindestens zu leisten. Rentenbezugsberechtigt ist nur, wer 70 Jahre alt ist und volle 24 Jahre Beiträge zahlte. Invalidenrente soll nach 156wöchiger Beitragsleistung bezahlt wer-den können, wenn der Versicherte ½ seiner Erwerbs-fähigkeit einbüßte. Der Staat soll für die ganze Ver-sicherung 10 Millionen Gulden jährlichen Zuschuß leisten, die durch Zollausschläge (!) aufzubringen wären. Die sozialdemokratische Fraktion hat be-schlossen, gegen das Gesetz zu stimmen.

Oesterreich. In Agrum und Brünn streiten die Tagelöhner, im Innsbruck die Fischer. Beim Fischerstreik gehen sich die Christlichen alle Mühe, Streikbrecher heranzuziehen. — Dem sozialdemokra-tischen Arbeiterverein in Innsbruck schenkte ein Gön-ner seine in der Nähe gelegene Villa, deren Nutzung er sich jedoch für Lebzeiten vorbehielt.

Spanien. Wie schon gemeldet, will der Ge-sezgeberrath, den die liberale Regierung den Cortes zur Regelung der Eisenbahnerverhältnisse vorlegte, das Streikrecht der Eisenbahner gänzlich abschaffen. (Gegen diesen Versuch hat sich nun neben der Sozial-listenpartei — Maura, der früherer liberale Minister-präsident und jetzige Führer der liberalen Mino-rität, gewandt! Den Versuch der Regierung bezich-

nete er als ungerecht, da das „heilige Recht“ zum Zweiten nicht angelehnt werden dürfe, ferner als überflüssig, da das Gesetz vom Jahre 1909 genüge, um Ausnahmen entgegenzutreten, und endlich als unversämslich und gefährlich, weil es zu plötzlichen und dadurch revolutionären Streiks führen müsse. Me-ristische Vorkämpfer, die in Belgien, Frankreich und Deutschland gegen die volle Koalitionstrennung der Eisenbahner sind, werden sich also in Spanien plo-yisch zu ihrem Verteidiger auf.

Südamerika. Dem Landtage der Autonon-Transvaal legte die Regierung einen Gesetzesentwurf vor, der für alle Handlungsgeschäften wochentliche Sündtagensfrist und eine Maximalarbeitswoche von 15 Stunden vorsieht. Höchstens dreimal in einer Woche oder dreiwöchentlich innerhalb eines Jahres ist Heberzeitarbeit gestattet, wenn diese mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt wird. Abkündigt sind 14 Tage Urlaub ohne Gehaltsverlust zu gewähren. Das jetzt geltende Gesetz, wonach die Arbeitszeit 34 Stunden wöchentlich betragen darf, wird wenig eingehalten, da es den Angestellten an einer starken Emanzipation fehlt, dem Gesetze Geltung zu verschaffen.

Uruguay. Ein streikender Kraft getretenes Gesetz hebt den achtstündigen Maximalarbeitsstag für alle öffentlichen Betriebe, Fabriken, sowie für die Papier-, Leder- und Textilindustrie, d. h. für rund 70 Proz. aller Exportindustrien. In manchen Ge-werben besteht der Achtstundentag übrigens schon seit Jahren. Alle Bemühungen der Unternehmer gegen das Gesetz waren fruchtlos.

Ver-einigte Staaten. Roosevelt ist Mit-glied des Buchdruckerbundes, während die Maurer vor Jahren Tazi zum Mitgliede ernannten, so daß beide auch als „Gewerkschaftler“ auftreten können. Ein Teil der Maurer verlangt nun den Ausschluß Tazis, weil er sich der Arbeiterklasse gegenüber un-anständig betragen habe. Weder Tazi noch Roo-sevelt wurden zum Präsidenden gewählt, so daß keine der beiden Organisationen sich rühmen kann, eines ihrer Mitglieder sei Präsident der Vereinigten Staaten.

Kundschau.

Eine ganze Streikversammlung verbarstet. Die weitenden Metallarbeiter der Firma Kundlos u. Co. wollten Donnerstag früh im Lokal „Weiser Gericht“ in Magdeburg eine Versammlung abhalten, in der der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiter-verbandes, Reichsungsabgeordneter Genosse Fran-des, einen Situationsbericht über den Streik zu geben beabsichtigte. Es sollte dazu nicht kommen. Kurz vor Eröffnung der Versammlung erschien ein Polizeikommissar mit etwa 30 Schutzleuten, um die heimlichen Versammlungsbesucher zu fesseln. Zu diesem Zweck stellte sich der Polizeikommissar Schulz auf einen Stuhl und hielt eine kurze Ansprache: In der letzten Zeit seien wiederholt Versammlungen der Arbeitswilligen vorgekommen. Es besterbe der drin-gende Verdacht, daß sich Streikende daran beteilig-t hätten. Um die Schuldigen zu ermitteln, sei er beauftragt, alle in dieser Versammlung anwesenden Personen festzunehmen. Er ersuchte jeden einzelnen, den Polizeibeamten ruhig nach dem Polizeirevier zu folgen. Die Unbeteiligten würden sofort wieder freigelassen. — Sämtliche Ausgänge des Lokals waren vorher mit Polizeibeamten besetzt worden, so daß niemand ungehindert hinaus konnte. Genosse Brandes forderte die Versammlungsteilnehmer auf, dem polizeilichen Nachgebot zu folgen und ruhig mitzugehen. Kurwehler wurden in Trupps von je etwa 40 Mann die Versammlung — es waren ihrer ungefähr 400 — nach der Polizeiwache gebracht. Nur von der Zitierung des Genossen Brandes wurde Ab-hand genommen. Das Vorgehen der Magdeburger Polizei hat gewiß den Meiz der Neubeit für sich und eröfnet uns ungeahnte Perspektiven. Wie wäre es, wenn einmal in Berlin ein ähnlicher Versuch gemacht wird? Mit einem Schlage wären Massenversamm-lungen, Demonstrationen, Streikbeschlüsse, alles ohne Verletzung des Vereins- und Versammlungsrechts inibitirt. Ein Teil Magdeburger Polizeikommissar ge-bührt ein Lob.

Streikbrecherbude — eine Verteidigung. Ein originelles Urteil hat sich neuerdings die Streikjustiz im Ruhrgebiet geleistet. Ein Bergarbeiter hatte während des Bergarbeiterstreiks auf der Strafe ein bestimmtes Haus als Streikbrecherbude bezeichnet. Das hatte die Frau eines dort wohnenden Arbeits-willigen gehört; sie ergriff sie ihrem Mann, dieser machte beim Gendarm Anzeige, und tatsächlich wurde der Angeklagte von der Volkmur Strafammer zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gar 6 Wochen Gefängnis beantragt. Geht noch höher?

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Müßhausen im Thüringen errangen die freien Gewerkschaften elf Sitze, und die Christlichen, die bisher zwei Besitzler besaßen, nur einen Sitz. Die Wählerzahl der freien Gewerkschaften stieg von 764 vor drei Jahren auf jetzt 1101, während die der Christlichen von 146 auf

100 zurückging. Es besteht das Verhältniswahlsystem. Den eigentlichen Schätzungen entsprechend hatten die freien Gewerkschaften bei den kürzlich vorgenommenen

Gewerbegerichtswahlen in Wingen a. Nh. einen guten Erfolg. Von acht Vertretern der Arbeiter fielen auf ihre Liste fünf und auf die der „Christlich-Nationalen“ drei. — Bei der in

Wuzgen vorgenommenen Wahl zum Gewerbegericht erhielt die Liste des Gewerkschaftsartikels 1520 Stimmen, während die Liste der Weiblen nur 160 Stimmen auf sich vereinigte. 1908 wählten 615 und 1910 785 Arbeiter. Die Wuzgner Arbeiterschaft hat den Weiblen die ihnen gebührende Leitung erteilt.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Gegenüber den von verschiedenen Verwaltungsstellen geäußerten Wünschen und Anträgen auf Einberufung einer Konferenz für die Autobranche durch den Zentralvorstand haben wir zu erklären, daß derartige Konferenzen nur in Abereinstimmung mit der zuständigen Tariffkommission und nach Vorlegung des zur Verhandlung gelangenden Materials einberufen werden können. Die Tariffkommission der Wagenbranche hat bis heute einen derartigen Antrag noch nicht gestellt, noch wurde dem Zentralvorstand irgendeine Unterlage vorgelegt, die eine solche Konferenz rechtfertigte. Aus diesen Gründen müssen wir es ablehnen, uns mit dieser Frage zu beschäftigen, bevor nicht die berufene Instanz, die Tariffkommission, der Ansicht ist, daß der Zeitpunkt für eine solche Konferenz gekommen ist. Diefes trifft aber auch für Konferenzen einzelner Industriebezirke zu, denn auch diese sollen nur mit Zustimmung der beiden Körperschaften einberufen werden.

In Oberneukirch in der Ober-Rhein ist eine neue Verwaltungsstelle gegründet worden.

Sterbetafel.

Berlin. Am 2. November verfiarb unser Mitglied Karl Weidner, Einseumleger, 31 Jahre alt, an Lungenleiden.
Frankfurt a. Main. Im Alter von 68 Jahren ist unser langjähriges Mitglied Ludwig Merke infolge eines Schlaganfalles verstorben.
Stuttgart. Am 2. November verfiarb am Magenkrebs unser langjähriges Mitglied, der Portefeuille Heinrich Heil, im Alter von 73 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Bücherchau.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1913 ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, erschienen, und zwar in etwas größerem Format wie bisher. Neben dem üblichen Kalender-Adressen- usw. Material bringt der Kalender wichtige politische und gewerkschaftliche Informationen. So ist das Ergebnis der Reichstagswahlen nach verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Außerdem hat die Gewerkschaftsbewegung in einer Anzahl statistischer Betrachtungen Veranschauligung gefunden. Auch die wichtige Bildungsfrage kommt in einem Artikel: „Arbeiterbildung und Bildungsarbeit“ aus der bekannten Feder des Genossen Heinrich Schulz zu ihrem Rechte. Ein sehr instruktiver Artikel des Genossen Emil Eichhorn beschäftigt sich mit der Reichsverfassung. Der Kalender wird wieder ein treuer Ratgeber jedes in der Partei oder Gewerkschaft tätigen Genossen sein. Der Preis beträgt 50 Pf.
„In Freien Stunden.“ Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.

Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Bestellungen durch alle Postanstalten, Expeditionen und Buchhandlungen. Probennummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Adressenänderungen.

Hildesheim. B. Aug. Nordmeier, Schubstraße 41.
Barel i. Obbg. K. Karl Kautschke, Gaderfaupstraße 52.
Ober-Neukirch. R. Jany Seifert, Ober-Neukirch 213.

Verfammlungskalender.

Rauen. Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Jittau“.
Fraunichweig. Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Tortmund. Samstag, den 23. November, abends 9 Uhr, „Germania-Halle“, Nordstr. 1.
Tüfelldorf. Sonntag, den 23. November, abends 9 Uhr, „Wuppenthaler Hof“.
Hamburg. Donnerstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Hannover. Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Magdeburg. Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“.
Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser Wilhelm“.
Mühlheim a. d. Ruhr. Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, Dickswall 6.
Sollingen. Sonntag, den 24. November, vormittags 9 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Stuttgart. Samstag, den 23. November, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Zwidau. Sonnabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, „Goldener Bocker“.

Gewerbegerichtswahl in Berlin.

Sonntag, den 17. November, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr finden die Wahlen zum Gewerbegericht statt.

Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und in Berlin wohnt oder arbeitet.

Es ist Pflicht aller wahlberechtigten Kollegen, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und der Liste V der freien Gewerkschaften die Stimme zu geben.

ANZEIGEN

Orts-Frankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.
 Dienstag, den 19. November 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentl. General-Versammlung

der gewählten Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitergeber im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engel-Kfer 15.

Tages-Ordnung:
 1. In gemeinschaftlicher Ordnerversammlung:

- a) Antrag des Vorstandes auf Aenderung des § 12 des Statuts.
- b) Beschlußfassung gemäß § 17 u. 18 des Einführungsgezetes zur Reichsversicherungsordnung auf weitere Zulassung als besondere Ortsfrankenkasse.
- c) Wahl des Rechnungsaußschusses für 1913.
- d) Kassenangelegenheiten.

- 2. In getrennter Generalversammlung:
- a) für die Vertreter der Kassenmitglieder:
 - 1. Erftahlwahl für 1 Mitglied zum Vorstand für 1912.
 - 2. Ergänzungswahl von 4 Mitgliedern zum Vorstand für 1913—1914.
- b) für die Vertreter der Arbeitgeber:
 - 1. Ergänzungswahl von zwei Mitgliedern zum Vorstand für 1913—1914.

Nur die mit Legitimation ev. Mitgliedskarte versehenen Vertreter haben Zutritt.

Die Versammlung wird pünktlich um 7 1/2 Uhr eröffnet. NB. Anfragen, zu deren Beantwortung die Einsicht der Kassenbücher notwendig ist, müssen drei Tage vorher dem Vorstande schriftlich eingereicht werden. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

H. Marste, stellv. Vors. H. Reichmann, Schriftf.

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsgegenossen Deutschlands, G. H. 64 in Berlin.

Quartalversammlungen.

Braunschweig. Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Kassenangelegenheiten.

Tüchtige Portefeuille

auf bessere Damentaschen stellt sofort ein **Hannauer Lederwarenfabrik A. Nithe,** Hannau i. Schl.

Summelformen und Modelle

für englische und Arbeitskummerte, gut erhalten, umständelhalber zu verkaufen. **Georg Simon, Fern,** Frommannstraße 1, 1.

Verwaltungsstelle Enkheim.

Achtung! Kollegen! Achtung!
 Sonntag, den 1. Dezember, beabsichtigen wir einen Besuch im

Naturhistorischen Museum in Frankfurt a. M., Hohenjohann-Allee.

Wie laden hierzu unsere Mitglieder, vornehmlich die weiblichen, herzlich ein.

Abfahrt der Kollegen von Station Höchststadt-Dörnigheim vorm. 9.52, Station Bischöfshelm vorm. 9.57, Fachsenheim, Enkheim, Bergen, Station Mannheim 10.03, Wilbel Nordbahnhof 9.52.

Für sachgemäße Führung durch das Museum ist gesorgt. **Die Ortsverwaltung.**

Gesucht a. j. Ort Leute, w. Bertr. hoheleg. Konkurrenzl. Reuß. überm. Hoch. Verdienst. Ausf. toskent. sof. **Herm. Wolf, Zwidau,** Sachfen, Nordstr. 30.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konturmassen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich:
 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
 100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.
 Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 Lende franco. — Nichtfordermierendes nehme unfrankiert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. **Th. Pfeifer, Versandhaus, Berlin C., Neue Schönhauserstr. 18.** Kein Baden, nur 1 Kreuzer. — Gestiftet 1888.